

Heinz-Günther Stobbe

Form- und Strukturwandel katholischer Friedensarbeit

Zusammenfassung

Die Ouvertüre skizziert die Entwicklung der katholischen Friedensarbeit in der Weimarer Republik und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie analysiert, wie sich darin Spiritualität und politisches Engagement miteinander verbinden und wie die Überzeugung, dass Frieden mehr beinhaltet als bloße Waffenruhe, sondern unabdingbar soziale Gerechtigkeit erfordert, zum Leitmotiv wird.

Abstract

This contribution outlines catholic peace work in Weimar Republic and after the Second World War. It analyzes how spirituality and political engagement connect and how the conviction that peace includes more than cease-fire – but requires a commitment to social justice – becomes a leitmotif.

1 Die Friedensbewegung bis 1933

„Kirche. Gottes Friedensbewegung auf Erden“, so lautet der Titel eines Büchleins aus der Feder des Pastoraltheologen Paul M. Zulehner, veröffentlicht im Jahr 1984. Es ging dem Autor, der sehr gut um das spannungsreiche Verhältnis von Kirche und Friedensbewegung wusste, weder um eine einfache Feststellung noch um eine utopische Forderung. Er wollte vielmehr an den „Urauftrag“ der Kirche erinnern, um die friedensbewegten KatholikInnen zu ermutigen und für die Friedensbewegung zu werben, die in Deutschland zu dieser Zeit ihren Höhepunkt erreichte. Dieser Aufschwung hing mit mehreren Faktoren zusammen, zunächst allgemein mit der Situation des Kalten Krieges, näherhin mit den besonderen Herausforderungen der atomaren Abschreckung und der so genannten Nachrüstung. Diese politisch-militärische Bedrohungslage konnte ihre mobilisierende Wirkung allerdings nur entfalten dank der bis dahin einzigartigen Organisationsstruktur und Bündnisbreite der damaligen Friedensbewegung. In deren gesellschaftlichem Umfeld hatten sich die Neuen Sozialen Bewegungen entwickelt, die mit ihren flachen Hierarchien sowie ihren offenen und flexiblen Strukturen auch die Friedensbewegung beeinflussten.

Das Wechselspiel zwischen einem strukturellen Wandel in der Gesellschaft und der Struktur der Friedensbewegung lässt sich bereits in ihren Anfängen im 19. Jahrhundert beobachten: Waren die TrägerInnen des Friedensgedankens vorher ganz überwiegend Einzelpersonlichkeiten, so entstanden jetzt eigene Institutionen, die sich dem Friedensanliegen verpflichtet wussten. Ihre Namen (society, association, fellowship, covenant etc.) halten als ihr entscheidendes und typisch modernes Merkmal das der freiwilligen Verbindung fest. Diese Entwicklung nahm daher ihren Anfang nicht zufällig bei den Historischen Friedenskirchen (z. B. Quäker und Mennoniten) in den USA, mit der Gründung von Friedensgesellschaften in New York, Ohio und Boston im Jahr 1815 sowie 1928 der Vereinigung der verschiedenen Gesellschaften zur „American Peace Society“.

Der Dachverband der American Peace Societies markiert den Beginn der zweiten Stufe der Institutionalisierung der Friedensinitiativen in Form der nationalen und internationalen Vernetzung. Das 1922 erschienene „Handbuch der Weltfriedensbewegungen“ listet in einem abschließenden Verzeichnis zwanzig internationale Institutionen auf, die zum Teil zahlreiche nationale Verbände umfassen. Es ist bezeichnend, dass diese Liste angeführt wurde vom „Friedenspreis der Nobelstiftung“, vergeben ab 1901, der „Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden“ sowie der „World Peace Foundation“. Dank ihrer finanziellen Hilfe konnten Büros und Sekretariate unterhalten sowie Forschungsarbeiten und Publikationen gefördert werden. Die wichtigsten Instrumente der Information und Interaktion, die ebenfalls oft von Stiftungsgeldern profitierten, sind internationale Kongresse und Zeitschriften, im Fall der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) etwa „Die Friedenswarte“. Die Reihe der internationalen Treffen setzte 1843 ein mit dem von Quäkern initiierten und praktisch nur von Angelsachsen besuchten „Kongreß für Friedensfreunde“. Ab 1889 begann eine Serie von jährlichen Weltfriedenskongressen, im ersten Jahrzehnt fast alle organisiert von einem Büro in Bern („Bernier Bureau“), das seit 1891 existierte. Die erste Vereinigung in Europa wurde 1816 in London ins Leben gerufen („Peace society“) – wiederum von Quäkern, dann 1830 die Friedensgesellschaft in Genf, schließlich folgten von 1870 bis 1883 Gründungen in verschiedenen europäischen Ländern, darunter 1882 die der DFG in Berlin, der beständigsten und wichtigsten Organisation der Friedensbewegung in Deutschland. Neben ihr verlor der 1886 entstandene Frankfurter Friedensverein bald an Gewicht.

Analog zu den Weltfriedenskongressen veranstalteten auch die nationalen Friedensgesellschaften Konferenzen, meist zu bestimmten Themen. Die Einladungen ergingen öffentlich, teilnehmen konnten daher alle interessierten Menschen. Aufgrund dieser Offenheit boten diese Konferenzen einerseits eine öffentliche Plattform für Diskussion und Meinungsbildung, doch sie erschwerten andererseits die konzentrierte und dauerhafte Arbeit an Themen. Der Weltfriedenskongress reagierte darauf mit strengeren Regeln für die Beschlussfassung und mit der Einrichtung von ständigen themenorientierten Ausschüssen, denen die Aufgabe zugewiesen wurde, Beschlüsse vorzubereiten. Dieser Prozess leitete eine symptomatische Machtverschiebung ein, die in der Folgezeit immer wieder Anlass zu inneren Auseinandersetzungen geben sollte: Gelehrte und ExpertInnen gewannen an Einfluss gegenüber den AktivistInnen. Außerdem entfernten sich die Organisationsspitzen unvermeidbar von den aktiven und einfachen Mitgliedern, während sie zugleich unentbehrlich waren, um die Verbindung zu anderen Organisationen aufzubauen und aufrecht zu halten. Die Stärke der Friedensbewegung der 1980er Jahre beruhte nicht zuletzt auf der weitgehend gelungenen Balance zwischen Professionalisierung und Basisorientierung der Friedensarbeit.

Eine strukturelle Gegenmaßnahme gegen den Abstand zwischen nationaler und lokaler Ebene stellten Zusammenschlüsse von Ortsgruppen zu Landesverbänden oder Landesarbeitsgemeinschaften dar, zunächst überwiegend mit Koordinationsaufgaben betraut. Die auffallend häufigen Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften besonders von Leitungs- und Führungspersonlichkeiten, die auch die christliche Friedensbewegung jener Zeit kennzeichneten, erleichterten die Integration der verschiedenen Organisationen, verrieten aber auch einen Mangel an geeignetem Personal und erhöhten wiederum das Spaltungspotential auf Grund persönlicher Unverträglichkeiten. Überhaupt waren und blieben die verschiedenen Gruppierungen in Bezug auf ihr Wachstum und ihre Aktivitäten in hohem Maß abhängig von der Tätigkeit herausragender Persönlichkeiten. So gingen von den 98 im Jahr 1914 bestehenden Ortsgruppen der DFG allein 50 auf das Wirken von zwei Personen zurück (F. Wirth/O. Umfrid).

Zu der Schwierigkeit, die Vielzahl von Gruppierungen organisatorisch miteinander zu verbinden, trat verschärfend das Element der inhaltlichen und weltanschaulichen Vielfalt und Gegensätzlichkeit hinzu. Den virulenten Kern der Auseinandersetzung bildete die kompromisslose Radikalität jener KriegsdienstgegnerInnen, die Gewalt auch in Notwehrsituationen

und vor allem jeden Staat ablehnten, der sich auf das Militär stützte. An ihr scheiterte schließlich das unablässige Bemühen, die auseinanderdriftenden Richtungen der Friedensbewegung unter dem Dach der DFG beieinander zu halten, die zunehmend von den radikal pazifistischen Kräften dominiert wurde. Die heftigen Richtungskämpfe, manchmal von persönlichen Angriffen begleitet, schadeten dem Ansehen und Erfolg der Friedensbewegung schwer und nachhaltig. Immerhin schaffte es die Führungsgruppe in der DFG, deren Struktur zu straffen, um die Effizienz der Friedensarbeit zu erhöhen. Der Westdeutsche Landesverband als Vorreiter der Reform führte Mitgliedsausweise ein, verpflichtete die Mitglieder zum Bezug der Verbandszeitschrift, richtete ein Sekretariat mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen und Schulungskurse für VeranstaltungsrednerInnen ein und veranstaltete schließlich Kampagnen zum Zweck der Mitgliederwerbung oder der Mobilisierung für bestimmte Aktionen. Damit wandelte sich die DFG klar zu einer Organisation, die sich als Instrument eines umfassenderen Phänomens verstand, das unverkennbar Züge einer Bewegung trug. Dennoch, eine wirkliche Massenbasis, die sich auch nur entfernt mit jener der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften oder auch der Parteien messen konnte, erreichte die Friedensbewegung zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte. Die daraus resultierende chronische Finanznot zeitigte schmerzliche Konsequenzen. So musste z. B. schon 1915 das Erscheinen der DFG-Zeitschrift „Völker-Friede“ wegen Geldmangel eingestellt werden. Das rapide Absinken der Mitgliederzahl von 30 000 im Jahr 1926 auf 5 000 im Jahr 1932 verursachte im Verein zusammen mit der schlechten Zahlungsmoral der Mitglieder eine akute Existenzkrise, die jedoch durch das umfassende Verbot derartiger Vereinigungen nach der Machtergreifung der NSDAP belanglos wurde.

2 Die katholische Friedensbewegung vor 1933

Im Vergleich zu den ersten amerikanischen und britischen Initiativen der Quäker hinkte die katholische Friedensbewegung um ein ganzes Jahrhundert nach, noch länger als die ohnehin verspätete Gründungsphase auf dem europäischen Kontinent. Diese Verspätung hatte in Deutschland einen wichtigen Grund in dem hohen Loyalitätsdruck, der seit dem Kulturkampf auf der römisch-katholischen Kirche lastete, die sich beständig dem Verdacht oder Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit

ausgesetzt sah. Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges, den der deutsche Katholizismus zunächst mehrheitlich begrüßt hatte, lockerte diesen Druck, obgleich die Reichsregierung in der Kriegszeit auf alle kritischen Äußerungen mit harter Repression reagiert hatte. Gegen Kriegsende häuften sich die friedensorientierten Aufrufe und Broschüren, Gründungen und Zusammenschlüsse, beflügelt durch Papst Benedikt XV., der am 1. August 1917 mit einer diplomatischen Friedensnote an die Öffentlichkeit trat, nachdem er sich mehrfach für einen Friedensschluss eingesetzt hatte. Sie wirkte als Initialzündung für die katholische Friedensbewegung, indem sie die bislang vereinzelt VorreiterInnen dazu ermutigte, gleichfalls öffentlich aufzutreten oder jene legitimierte, die das schon vorher getan hatten. Bereits seit 1916 existierte der „Weltfriedensbund vom Weißen Kreuz“ (Graz/München), von dem sich 1920 die „Katholische Internationale“ bzw. die „Internationale Katholische Liga“ abtrennte. 1917 wurden der „Friedensbund katholischer Geistlicher“ und 1919 der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ (FDK) gegründet, zunächst und kurzfristig als Teilorganisation des Kreuzbundes und mit Geschäftsstellen in Graz, Süddeutschland und Norddeutschland. Bis 1924 wuchs der Friedensbund zum zweitstärksten korporativen Mitglied der DFG und des Friedenskartells heran und erhielt eine eigene Satzung bzw. „Richtlinien“ für seine Tätigkeit. Nach 1928 verzeichnete er einen beachtlichen Wachstumsschub, der 1930 seinen Höhepunkt erreichte, ablesbar an der Zahl der Ortsgruppen, die von 46 auf 104 stieg. 1928 betrug die Gesamtmitgliederzahl etwa 45 000, wobei jedoch ungefähr 37 000 auf 55 korporative Mitglieder (Verbände) sowie den Kreuzbund (25 000) entfielen. Ohne diese beiden Gruppen bleiben für 1928 etwa 7000 und für 1930 etwa 9000 individuelle Mitglieder. Mit diesem Bestand hielt der FDK innerhalb der Friedensbewegung jedem Vergleich stand: Zwischen 1924 und 1929 zählte diese durchschnittlich 40 000 Mitglieder, davon 25 000 Mitglieder der DFG ohne den Friedensbund. Wahr ist freilich auch: Die katholische Friedensbewegung litt insofern an ähnlichen Strukturchwächen wie die allgemeine Friedensbewegung, als dass einige wenige ProtagonistInnen die Hauptlast der Vortrags- und Publikationstätigkeit trugen, die Geldmittel knapp waren und ein breiteres Echo in der Kirche fehlte. Priester und Bischöfe zögerten lange, ihr beizutreten oder sie zu unterstützen und auch in den Gemeinden blieben die FDK-Mitglieder eine Minderheit.

Der Friedensbund ruhte also strukturell auf zwei Säulen, einerseits den Ortsgruppen und andererseits den katholischen Verbänden. Das

korrespondierte mit dem Selbstverständnis des FDK, der einen betont katholisch-kirchlichen Charakter hatte: In Übereinstimmung mit der Glaubens- und Sittenlehre der römisch-katholischen Kirche – und das heißt auch: in Einklang mit der kirchlichen Hierarchie – wollte der Friedensbund zur Erneuerung der gesamten Kirche beitragen. Dabei war die politische Dimension dieses Anliegens durchaus im Blick, denn die Kirche hat die Aufgabe, durch ihre Verkündigung und ihr praktisches Tun für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzutreten. Der FDK begriff sich vor diesem Hintergrund als ein anderen Verbänden in der Kirche vergleichbarer Verband, der sich in besonderer Weise einem bestimmten Aspekt der Sendung der Kirche widmete und der wesentlich zu dieser Sendung gehörte. Insofern verstand er sich als konstitutiv kirchlich und bezeichnete sich bewusst und nachdrücklich als „katholisch“, aber innerhalb der Kirche als Vorhut, die der Erneuerung der Kirche dient, um sie besser zum Dienst am Frieden in der Welt zu befähigen. Mit einem biblischen Bild ausgedrückt, wollte der Friedensbund wie ein Sauerteig die katholische Kirche durchdringen, damit sie nachhaltiger als Sauerteig in der Welt zu wirken vermochte. Daher bemühte er sich darum, Beziehungen zu den Gemeinden und den Verbänden aufzubauen. Der Weg zu den Gemeinden führte über die Ortsgruppen, der Weg zu den Verbänden über deren Inkorporation in den Friedensbund.

Die starke Rückbindung des FDK an die Kirche führte zu bedeutsamen praktischen und konzeptionellen Konsequenzen. Zunächst verringerte sie deutlich die sonst in der Friedensbewegung vorherrschende Tendenz zu erbitterten Richtungskämpfen mit dem Ergebnis sektiererischer Abspaltung. Die Gemeinsamkeit des katholischen Glaubens ermöglichte es, den vorhandenen, sehr wohl beachtlichen Unterschieden im Friedensbund Raum zu lassen. Sie betrafen etwa das Gewicht der biblischen oder naturrechtlichen Grundlage der jeweiligen Positionen. Die enge Bindung an Soziallehre und vor allem päpstliche Sozialverkündigung, ihr ausgeprägtes Elitebewusstsein sowie eine tendenziell integralistische Sicht von Staat und Kirche veranlassten einige ProtagonistInnen des FDK, die Katholische Aktion als Vorbild und damit als Instrument der kirchlichen Hierarchie zu betrachten. Andere VertreterInnen des FDK wiederum argumentierten, die Beziehung von Kirche und Politik im Rahmen einer demokratischen Ordnung verlange eine innerkirchliche Aufwertung des Laienstandes, dem eine eigenständige Rolle ohne klerikale Bevormundung zugebilligt werden müsse. Eine Alternative zu diesen Konzepten erwuchs aus dem Weltfriedensbund vom Weißen

Kreuz in Gestalt eines neuen Typs von kirchlicher Gemeinschaft, einer Art weltlicher Orden, für den eine kirchenrechtliche Form erst noch geschaffen werden musste, die des „Säkularinstituts“. Verwirklicht wurde er in Gestalt der Christkönigs-Gemeinschaft, die es immer noch gibt.

Auch diesen Kontroversen innerhalb des Friedensbundes wurde durch Verbot und Verfolgung ab 1933 ein Ende gesetzt. Rückendeckung durch die deutschen Bischöfe gegen die Behörden gab es nicht, weil das Konkordat keine katholischen Organisationen mit politischer Zielsetzung erlaubte (vgl. Art. 31/32) und Kardinal Bertram – Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz – auf Anfrage des preußischen Innenministers erklärt hatte, der FDK sei ein privater, kein kirchlicher Verein.

3 Katholische Friedensbewegung nach 1945: Neubeginn und zweifacher Wandel

Viele der FDK-Mitglieder mochten meinen, es sei nach dem Kriegsende möglich, mehr oder minder bruchlos an die Tätigkeit während der Weimarer Republik anzuknüpfen, um sie nun unter günstigeren Bedingungen fortzusetzen. Das erwies sich als Irrtum, und zwar nicht nur auf Grund der vielfältigen praktischen Hürden, die durch die alliierten Militärbehörden aufgerichtet wurden. Auch der Episkopat zeigte kein Interesse an einer Wiederbelebung des Friedensbundes. Trotzdem entstanden 1947/48 drei Landessekretariate, lose miteinander verbunden durch die „Friedensbriefe“, eine dünne Monatsschrift, doch schon das Projekt eines zentralen Organs scheiterte. Die Zahl der Mitglieder lässt sich nur schwer schätzen. Der nordwestdeutsche Landesverband könnte etwa 500 Mitglieder umfasst haben, mit Blick auf das Bistum Berlin war von circa 900 interessierten KatholikInnen die Rede. Die aktualisierende Neufassung der Richtlinien wurde zwar noch 1948 verabschiedet, enthielt aber einen aufschlussreichen Hinweis, der ungewollt das Ende des FDK ankündigte. Denn dort erklärte der FDK seine Bereitschaft, künftig mit PAX CHRISTI (PC) zusammenzuarbeiten. Mit der am Ende des Zweiten Weltkriegs entstandenen Organisation PC gab es jetzt eine weitere katholische Friedensorganisation, die dem FDK bald den Rang ablauen sollte. Wahrscheinlich Anfang April 1951 wurde der FDK aufgelöst.

Die neue Bewegung PC unterschied sich vom FDK von Anfang an durch drei charakteristische Merkmale: ihren amtskirchlichen Rückhalt, ihre internationale Dimension sowie ihre inhaltliche Ausrichtung. Den

Anstoß gab 1945 eine Gruppe französischer WiderstandskämpferInnen, die zu einem „Gebetskreuzzug zur Bekehrung Deutschlands“ aufrufen wollte und – ermutigt zuerst durch einen Bischof (Pierre Marie Théas), dann eine große Anzahl französischer Bischöfe – eine Kette von Gebetskreisen gründete. Als Bindeglieder fungierten Rundbriefe und ein kleines Organisationsbüro. Anfang April 1948 wurde in Kevelaer eine deutsche Sektion der Bewegung geschaffen und sie selbst in „Gebetskreuzzug für die Nationen“ umbenannt, der sich dem Ziel der Versöhnung der verfeindeten Völker widmen wollte, voran der Versöhnung von Frankreich und Deutschland. Später wurde die Versöhnungsarbeit auf Polen, die Sowjetunion und das übrige Osteuropa ausgeweitet. Durchgängig bekennt sich PC in allem Wandel zum Ideal aktiver Gewaltfreiheit, das aber nicht immer im Sinne eines absoluten Pazifismus verstanden wurde und wird.

Die bemerkenswert starke bischöfliche Unterstützung bekam besonders wirksamen Ausdruck, als Kardinal Feltrin (Paris) auf Anraten von Papst Pius XII. die Präsidentschaft von PC übernahm. Er empfahl Anfang 1951 den katholischen Bischöfen weltweit nationale Sektionen und in den Diözesen Bistumsstellen einzurichten. Im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Bewegung fand auch eine programmatische Neubestimmung statt, die in den Dreiklang von Gebet, Studium und Aktion mündete. Bereits 1952 erkannte der Papst PC offiziell als internationale katholische Friedensbewegung an. Der Höhepunkt offizieller Anerkennung war sicher die allgemeine, aber betont positive Würdigung des Einsatzes von einzelnen KatholikInnen und katholischen Organisationen für Frieden und Völkerverständigung in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* des Vatikanum II (vgl. GS Nr. 90). Organisatorisch von der Hierarchie unabhängig wurde PC dennoch durch die (nicht selten prominenten) bischöflichen Präsidenten und die Geistlichen Beiräte fest mit der Kirche verklammert und bildete in der Folge in ihr eine einzigartige Struktur. PAX CHRISTI INTERNATIONAL (PCI) ist im Prinzip föderal aufgebaut, wobei die jährlichen internationalen Versammlungen einerseits bindende Absprachen treffen, die nationalen Sektionen aber frei entscheiden können, wie sie diese in ihrem Kontext umsetzen. Das verleiht den nationalen Sektionen ihr eigentümliches Gepräge durch verschiedene Schwerpunkte und Formen des Engagements. Repräsentiert wird PCI durch einen mehrköpfigen Leitungskreis sowie ein kleines Sekretariat in Brüssel. Ähnlich ist PC auf nationaler Ebene gegliedert, wobei der organisatorische Schwerpunkt bei den Bistumsstellen und den

Diözesanversammlungen liegt, die zwischen den einzelnen Gruppen einerseits sowie dem Berliner Sekretariat und der jährlichen Delegiertenversammlung andererseits stehen. Ein zusätzliches wichtiges Strukturelement stellen Kommissionen dar, die über einen längeren Zeitraum bestimmte Themen bearbeiten und zum Teil Grundlagentexte für die Position von PC verfassen.

Das demokratische Element in der Funktionsweise von PC erhielt noch mehr Gewicht, als sich PC in den 1980er Jahren in ihrem Selbstverständnis an den Neuen Sozialen Bewegungen zu orientieren begann. Dieser neue Akzent verstärkte den Einfluss der „Basisgruppen“ und führte zu einer entschiedenen Politisierung, die PC zu einem Teil der bundesdeutschen Protestkultur werden ließ. Im Zusammenhang mit dem Umbau der deutschen Friedensbewegung durch Aktionsbündnisse, Vernetzung und organisierte Koordination spielte PC gemeinsam mit evangelischen Organisationen eine wichtige, in der Regel vermittelnde und mäßigende Rolle. Von Seiten der Kirche wie auch von Seiten der politischen Parteien wurde diese Leistung nur selten erkannt und noch seltener anerkannt. Im Zuge dieses Wandels, durch den sich der Verbandscharakter zu Gunsten des Bewegungskarakters abschwächte, erweiterte sich sowohl das Themenspektrum von PC als auch das Repertoire der Aktionsformen. Nach der Anfangsperiode des „Gebetskreuzzuges“, in der Pilgerfahrten, Versöhnungsgottesdienste und andere liturgische Handlungen mit Symbolkraft vorherrschten, traten im Laufe der Zeit verschiedene Formen der internationalen (Jugend-)Begegnung hinzu, insbesondere seit 1952 die jährlichen grenzüberschreitenden Sternwallfahrten („Routes“), die zu einer Art Markenzeichen von PCI wurden. Zu erwähnen sind zudem Kongresse und eine wachsende Publikationstätigkeit, in denen sich die Verbreiterung der Friedensthematik spiegelte. Die Integration von PC in die Protestkultur äußerte sich in der häufigen Beteiligung an konkreten Aktionen wie Sitzblockaden oder Lichterketten und an gezielten internationalen Kampagnen, die ohne Einbindung in die neuartige Netzwerkstruktur der Friedensbewegung kaum denkbar gewesen wären.

Natürlich lassen sich die deutschen Verhältnisse nur sehr eingeschränkt auf andere Sektionen übertragen. Nicht zuletzt gehen die Mitgliederzahlen oft weit auseinander. Neben den USA gehören in Europa die deutsche, niederländische und französische Sektion zu den stärksten in der katholischen Welt. Mitte der 1980er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde die Mitgliedschaft von PCI auf etwa 80 000 Personen geschätzt,

in Deutschland auf ungefähr 6000. Die Mitglieder gehören dem Klerus, Orden und dem Laienstand an, aber auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich die jeweiligen Anteile der drei Gruppen deutlich. So zählten in den USA in dieser Phase fast 60 Bischöfe zur Mitgliedschaft von PC, 1998 unterzeichneten 75 PC-Bischöfe eine Erklärung zur Ächtung der Atomwaffen. Von vergleichbaren Zahlen war und ist die deutsche Sektion weit entfernt. Gegenwärtig stehen, wie sonst auch in der Friedensbewegung, Probleme der sinkenden Mitgliederzahlen, der Überalterung sowie der Finanz- und Personalnot im Vordergrund. Außerdem hat sich die Friedenthematik noch weiter aufgefächert und lässt sich nur noch schwer in einfachen Parolen fassen. Dennoch lebt die katholische Friedensbewegung und es ist – von amtskirchlicher Seite meist unterschätzt – die spirituelle und liturgische Seite ihres Lebens, die ihr einen langen Atem schenkt. Ein Beleg dafür ist etwa die bleibende Bedeutung der Friedenskreuze von Aachen oder Bühl. In Treue zum Vatikanum II bemüht sich PC, Spiritualität und politisches Engagement miteinander zu verbinden und mit dem Konzil die biblische Überzeugung ernst zu nehmen, der gemäß Frieden mehr beinhaltet als bloße Waffenruhe und militärische Sicherheit, sondern unabdingbar soziale Gerechtigkeit erfordert, heute mehr denn je national wie international.

Über den Autor

Heinz-Günther Stobbe, Prof. Dr. theol. i. R., Lehrstuhl für Systematische Theologie und theologische Friedensforschung an der Universität Siegen.
E-Mail: H-G.Stobbe@gmx.de.